

Thomas Gebhard

Syria - Land of Confusion

Der Bürgerkrieg in Syrien geht in sein siebtes Jahr. Vor dem Hintergrund der vielen Akteure, die sich im Verlauf der zurückliegenden sechs Jahre in den Konflikt in Syrien eingemischt haben und angesichts der sehr unterschiedlichen Interessen, die diese verfolgen, ist mit einem schnellen Ende der Konflikte und des Leids, das große Teile der syrischen Bevölkerung bis heute erlitten haben und weiter jeden Tag erleiden, nicht zu rechnen. Weder die beiden Friedensmissionen der Arabischen Liga und der Vereinten Nationen noch unzählige Gesprächs- und Verhandlungsrunden wie zuletzt in Genf und Astana waren in der Lage, den gordischen Knoten in Syrien zu zerschlagen. Auch jetzt ist nicht auszumachen, wer die Kraft und vor allem auch den Willen hat, der Fortsetzung der Zerstörung und des Mordens in Syrien Einhalt zu gebieten.

Schlagwörter:

Arabischer Frühling - Bürgerkrieg - Syrien - Flüchtlingskrise - Islamischer Staat - Interessenskonflikte - Syrische Opposition - Regime Assad - Türkei - Kurden

SYRIA – LAND OF CONFUSION

|| Thomas Gebhard

Der Titel des Songs der englischen Rockband Genesis aus dem Jahr 1986 bringt die Situation in Syrien auf den Punkt: "Land of Confusion". Wenn Phil Collins singt: "Oh Superman where are you now, when everything's gone wrong somehow? The men of steel, the men of power are losing control by the hour!", so ist damit die aktuelle Situation in Syrien treffend beschrieben. Während der Konflikt den Beteiligten zunehmend entgleitet, ist bisher nicht auszumachen, wer die Kraft und vor allem auch den Willen hat, der Fortsetzung der Konflikte in Syrien Einhalt zu gebieten.

Sechs Jahre Bürgerkrieg

Seit März 2011 fordert die syrische Opposition den Sturz von Präsident Baschar al-Assad. Dem zunächst friedlichen Protest begegnet das Regime von Beginn an mit großer Härte. Anfangs mit eigenen Kräften, ab Mitte des Jahres 2011 mit Unterstützung von (Spezial-) Einheiten aus dem Iran sowie der (schii-tischen) Hisbollah aus dem Libanon.

Das militärische Eingreifen Russlands Ende September 2015 hat das syrische Regime vor einer Niederlage bewahrt, die zum damaligen Zeitpunkt möglich

schien. Es hat Assad gestärkt und damit die Bemühungen für einen Frieden in Syrien erschwert. Es bringt aber auch Bewegung in Verhandlungen, die nicht zuletzt durch die militärische Intervention der Türkei in Syrien an Komplexität zugenommen haben.

In den Jahren seit 2011 wurden Hunderttausende Syrer durch das Regime von Präsident Assad verhaftet, gefoltert und getötet. Die Kämpfer des IS, der Al-Nusra Front und ihrer Nachfolgeorganisation sowie anderer in Syrien kämpfender dschihadistischer Gruppen standen diesen Gräueltaten lediglich in der Zahl der Verschwundenen, Gequälten und Getöteten nach. Fast zwölf Millionen Menschen, die Hälfte der syrischen Bevölkerung, wurden durch den Konflikt zu Flüchtlingen –mehr als sechs Millionen davon im eigenen Land. Knapp fünf Millionen Syrer sind in die Länder Ägypten und Irak sowie vor allem nach Jordanien, in den Libanon und in die Türkei geflohen. Mehr als eine Million haben bis heute in Europa Asyl beantragt. Auch wenn es den Truppen Assads und seiner Verbündeter sowie der vom Westen, der Türkei und verschiedenen arabischen Staaten unterstützten nationalistischen Opposition in den zurückliegenden Mo-

naten gelungen ist, mehr als ein Drittel des Einflussgebiets der radikalislamistischen Terrororganisation "Islamischer Staat - IS" zurückzuerobern, stehen noch immer Gebiete in Zentral- und Ostsyrien sowie im angrenzenden Irak unter der Kontrolle dschihadistischer Rebellen. Diese halten nach wie vor Städte wie Raqqa, Az-Zabadani und Deir-ez-Zor, kontrollieren Gebiete rund um Palmyra und Dera'a oder gar ganze Regionen wie die Provinz Idlib. An ein Ende der Kämpfe in Syrien zu glauben, fällt auch nach der Rückeroberung (Ost-)Aleppos im Dezember 2016 und der bereits angekündigten Rückeroberung Raqqas schwer. Die derzeitige Lage lässt befürchten, dass eine politische Lösung noch in weiter Ferne liegt.

Die Interessen interner und externer Akteure

Der Bürgerkrieg in Syrien ist schon lange nicht mehr eine innersyrische Angelegenheit. Vielmehr haben die Interessen einer Reihe von Staaten dazu geführt, dass sich seit Mitte 2011 auch Kämpfer der libanesischen Hisbollah und des Iran sowie seit 2015 Russlands und der Türkei aktiv an den Kampfhandlungen in Syrien beteiligen. Dies erschwert die Beilegung des Konflikts, wenn es sie nicht gar unmöglich macht.

Der Konflikt in Syrien wird auf drei Ebenen ausgetragen. Der nationalen (Assad gegen die sehr heterogene innersyrische Opposition), der regionalen (Iran und die Hisbollah gegen Saudi-Arabien und dessen Verbündete in der Region) und der internationalen (Russland gegen die USA und das westliche Bündnis). So unterschiedlich die Vorstellungen über die Zukunft Syriens, so komplex sind auch die Inhalte der Ge-

spräche und Verhandlungen, die den Konflikt in Syrien beenden sollen.

Die Türkei, Mitglied der NATO und des von den USA angeführten internationalen Bündnisses, steht im Verdacht, bis Mitte 2015 den IS unterstützt zu haben, um mit dessen Hilfe ihr bis dahin vorrangig verfolgtes Ziel, Assad zu stürzen, zu erreichen. Im Januar 2015 stoppte das türkische Militär drei mit Waffen beladene Lastkraftwagen, von denen die türkische Regierung bis heute behauptet, dass sie zur Unterstützung syrischer Turkmenen bestimmt waren, wofür aber auch Beweise vorliegen, dass sie an den IS adressiert waren. Seit Mitte des Jahres 2015 ist ein Wandel in der türkischen Syrienpolitik festzustellen. Nicht mehr der Sturz des Regimes von Bashar al-Assad, sondern die Verhinderung einer Zone unter kurdischer Selbstverwaltung im Grenzgebiet Syriens zur Türkei hat höchste Priorität. Um Letzteres zu verhindern, hat der türkische Staatspräsident im Juni 2015 eine Pufferzone auf syrischem Gebiet gefordert, die sich über eine Fläche von 3.500 qkm weit in syrisches Territorium hinein erstrecken soll.

Ende Juli 2015 griffen türkische Kampfflugzeuge erstmals Stellungen des IS, Ende Oktober 2015 türkische Armeeeinheiten zum wiederholten Mal Einrichtungen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG in Syrien an. Die YPG (kurdisch „*Yekîneyên Parastina Gel*“), eine kurdische Miliz, ist der bewaffnete Arm der „*Partei der Demokratischen Union* - PYD“. Letztere gilt wenn nicht als syrischer Ableger, so zumindest als der PKK nahe stehend. Die PKK, die „*Arbeiterpartei Kurdistans*“, kämpft für die Autonomie kurdisch besiedelter Ge-

biete in der Türkei. Sie wird von der Türkei, den USA, der EU und anderen Staaten als terroristische Vereinigung eingestuft.

Ab Februar 2016 intensivierte die Türkei ihren Kampf gegen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten. Dies hat den Eindruck entstehen lassen, dass das türkische Engagement in Syrien stärker gegen die Kurden denn gegen den IS gerichtet ist. Von der langjährigen Forderung, dass Assad abtreten muss, nimmt die Türkei vorsichtig, aber zunehmend Abstand. Die Türkei versucht, eine föderative Lösung in Syrien und damit die Region Rojava zu verhindern, weil sie von ihr Auswirkungen auf die Kurdengebiete in der Türkei befürchtet.

Im März 2016 hat eine Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und turkmenischen Delegierten die autonome Föderation Nordsyrien ausgerufen. Sie besteht aus den an der Grenze zur Türkei gelegenen Distrikten Afrin (Efrin), Kobane (Ain al-Arab) und al-Hasaka (Ciziren). Rojava, wie diese de facto autonomen kurdischen Siedlungsgebiete im Norden Syriens auch genannt werden, ist völkerrechtlich nicht anerkannt. Weder die USA und Russland, noch das Assad-Regime und die syrische Opposition unterstützen die Autonomiebestrebungen, die von den (syrischen) Kurden als Modell gesehen werden, um den Konflikt in Syrien zu beenden. Der UN-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura, sah vor den Gesprächen im April 2016 in Genf die Möglichkeit, ein föderales System für Syrien zu diskutieren, wozu es jedoch nicht gekommen ist. Nicht zuletzt die anderen nach Genf eingeladenen Vertreter der syrischen Opposition haben sich gegen den Versuch

gestellt, autonome Gebiete und / oder Verwaltungsbereiche zu bilden. Nach Auffassung der von der Türkei und von Saudi-Arabien unterstützen Opposition soll das politische System Syriens im Rahmen von Verhandlungen bestimmt werden.

Masud Barzani, dem Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak und Vorsitzenden der *„Demokratischen Partei Kurdistans – PDK“*, ist das Konzept des demokratischen Konföderalismus, wie es die syrischen Kurden anstreben, ebenfalls ein Dorn im Auge, da es zu seinem feudal konservativen Modell in Konkurrenz steht. An diesem Beispiel wird deutlich, dass es auch auf Seiten der Kurden, deren Siedlungsgebiete im Wesentlichen in der Türkei, in Syrien, im Irak und in Iran liegen, teils sehr unterschiedliche Interessen gibt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen Teile der nationalistischen bewaffneten Opposition, zu der auch die kurdischen Volksverteidigungseinheiten gehören. Im Vordergrund stehen der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat sowie gezielte Angriffe gegen andere dschihadistische Gruppen.

Die teils unterschiedlichen Interessen der USA und der Türkei in Syrien haben in der Praxis dazu geführt, dass die USA, zumindest bisher, mit den Kurden eine Gruppe der Opposition in Syrien unterstützt, der die Türkei ablehnend gegenüber steht. Deren Unterstützung mit Geld und Waffen soll in jüngster Zeit jedoch ausgesetzt worden sein. Ob die (syrischen) Kurden auch künftig auf Unterstützung durch die USA bauen können oder dem Verhältnis der USA zur Türkei zum Opfer fallen, bleibt abzuwarten. Ein

Sieg über den IS in Syrien und im Irak ist für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zwar eine notwendige, bei weitem aber nicht hinreichende Voraussetzung, solange sich die Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung in der arabischen Welt und in Nordafrika nicht merklich und nachhaltig verbessern. Den europäischen Ländern geht es bei der Beilegung des Konflikts in Syrien darüber hinaus um die Verhinderung weiterer Flüchtlingsströme nach Europa.

Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten sind im Kampf gegen den IS einer der wichtigsten Verbündeten der von Washington geführten internationalen Koalition. Bis zu 500 US-amerikanische Soldaten beraten und unterstützen die sogenannten, heterogen zusammengesetzten Demokratischen Kräfte Syriens (*“Syrian Democratic Forces – SDF“*), ein im Oktober 2015 gegründetes Militärbündnis im Bürgerkrieg in Syrien, dessen zahlenmäßige Stärke stark variiert. Zum Zeitpunkt seiner Gründung wurde die Größe des Bündnisses mit bis zu 50.000 Kämpfern angegeben. In Ergänzung des militärischen Bündnisses SDF wurde im Dezember 2015 das politische Bündnis des Demokratischen Rates Syriens gegründet (*“Syrian Democratic Council – SDC“*). Die beiden Dachorganisationen SDF und SDC wurden vor dem Hintergrund der de facto autonomen Region Rojava zu Wege gebracht. Nach eigenen Angaben fühlen sie sich dem selbstgesetzten Ziel eines säkularen, demokratischen und föderal gegliederten Syrien verpflichtet.

Die *“Freie Syrische Armee – FSA“*, ein im August 2011 gegründeter Zusammenschluss übergelaufener Soldaten der

Streitkräfte Syriens, der zeitweise bis zu 60.000 Kämpfer angehört haben, wurde im Verlauf der zurückliegenden sechs Jahre zwischen dem syrischem Regime und dem IS fast aufgegeben. Ihren Niedergang konnte die FSA durch die Schlacht um Kobane im September 2015 lediglich hinauszögern. Damals noch an der Seite der YPG, als es um die Bekämpfung des IS und die Befreiung Kobanes ging, kämpften heute verschiedenste Gruppierungen unter der Bezeichnung FSA gegen das Regime und den IS, aber auch gegen Verbündete früherer Jahre (wie z.B. die YPG). Angehörige der FSA wurden seit dem Sommer 2012 zunächst vom türkischen Geheimdienst in der Türkei, ab dem Sommer 2013 auch von der CIA in Jordanien ausgebildet sowie finanziell und materiell unterstützt.

Als syrische Opposition sind heute mehrere Hundert Gruppierungen zu bezeichnen, die teils miteinander, teils aber auch gegeneinander kämpfen. Ihr gehören sowohl gemäßigte als auch radikal-islamistische Gruppierungen an. In jüngster Zeit sind die beiden größten islamistischen Gruppen, die islamistisch-salafistische *Ahrar al-Sham* (nach der FSA die zweitgrößte Gruppe der Opposition, die gegen das Assad-Regime kämpft) und die dschihadistische Jabhat Fatah al-Sham, die bis zu ihrer Loslösung von Al-Qaida Ende Juli 2016 unter dem Namen *Al-Nusra-Front* Angst und Schrecken verbreitet hat, aneinander geraten. Mit weiteren Kämpfen zwischen diesen beiden Gruppen ist zu rechnen. Sie alle eint nur ein Ziel: Der Sturz des Assad-Regimes. Die Vorstellungen in Bezug auf die Zeit nach Assad gehen hingegen weit auseinander. Zu glauben, dass allein der Sturz Assads und / oder

der Sieg über den IS zum Frieden in Syrien führt, ist ein Trugschluss.

Saudi-Arabien, seine arabischen Verbündeten und die syrische Opposition fordern nach wie vor nichts Geringeres als den Rücktritt bzw. den Sturz Assads, der für die Herrschaft einer (schiitischen) Minderheit über eine (sunnitische) Mehrheit der syrischen Bevölkerung steht. Die Auseinandersetzung Saudi-Arabiens und seiner Verbündeter mit dem Iran, die auch in Bahrain, im Irak und im Jemen mit militärischen Mitteln ausgetragen wird, macht deutlich, dass es dabei nicht nur um die Zugehörigkeit zu einer der beiden größten Strömung des Islam, Sunna oder Schia, sondern auch um die Frage geht, wer die führende Regionalmacht in der arabischen Welt ist: Saudi-Arabien oder der Iran.

Die Hisbollah, vor allem aber der Iran und Russland werden keiner Lösung zustimmen, die ihren Interessen in Syrien zuwiderläuft. Für den Iran und die Hisbollah geht es u.a. darum, ihren Einfluss in Syrien sowie den direkten Landzugang vom Iran – über den Irak und Syrien – in den Libanon und damit unmittelbar an die israelische Grenze nicht zu verlieren. Für Russland steht der Einfluss im Nahen Osten und nicht zuletzt auch sein einziger (Militär-)Hafen im Mittelmeer im Vordergrund. Assad ist bis dato der Garant für die Interessen Russlands und des Iran. Nur für den Fall, dass beide Staaten ihre Interessen auch nach dem Abgang Assads gewahrt sehen, dürften sie zu Zugeständnissen, was die Person Assad anbelangt, bereit sein. Eine Beilegung des Konfliktes in Syrien wird ohne Zustimmung Russlands und des Iran nicht zu erreichen sein.

Von “Confusion“ zu “Orientation“ – Wie geht es weiter?

Mit Amtsantritt des neuen US-Präsidenten könnten die Karten für Syrien ein weiteres Mal neu gemischt werden. Ähnlich wie die Türkei, die schon im Juni 2015 Pufferzonen zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung in Syrien gefordert hat, hat sich zu Beginn des Jahres 2017 auch US-Präsident Trump zu Wort gemeldet. Die nunmehr auch von ihm geforderten Schutzzonen auf syrischem Staatsgebiet sehen die Einrichtung von Flugverbotszonen sowie den Einsatz von Bodentruppen vor, wofür jedoch ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates notwendig wäre. Ob ein solcher zu erhalten sein wird, bleibt abzuwarten. Zumal sich Russland im Rahmen der Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen im März 2011 getäuscht gefühlt hat und nicht zuletzt deshalb einem solchen Beschluss für Syrien nicht ohne weiteres zustimmen dürfte. Während der saudische Außenminister Adel al-Dschbeir am 19. Februar 2017 in einem Interview am Rande der Sicherheitskonferenz in München für einen solchen Einsatz bereits ‘Spezialeinheiten’ Saudi-Arabiens und seiner arabischen Verbündete angeboten hat, lässt Präsident Trump derzeit noch prüfen, was ein derartiger Einsatz seinem Land abverlangen würde.

Für den Fall, dass die USA die Einrichtung von Schutzzonen in Syrien ernsthaft in Betracht zieht, wird sich auch die Frage stellen, in welcher Form und in welchem Umfang sich die NATO an einem solchen Einsatz beteiligt. Die neue US-amerikanische Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass sie ein stärkeres Engagement Europas bzw. der

NATO künftig nicht nur für unerlässlich hält, sondern auch einzufordern gedenkt.

Die Ausgangslage für die Beilegung der Konflikte in Syrien könnte nach derzeitiger Lage der Dinge nicht komplexer und schwieriger sein. Zum einen, weil die Position Assads nach den militärischen Erfolgen der zurückliegenden Monate besser ist, als sie es in den zurückliegenden Jahren war. Zum anderen aber auch, weil die heterogene innersyrische Opposition keine politische Vision und das internationale Bündnis kein Konzept zu haben scheinen, wie es nach Assad weitergehen soll.

Assad fühlt sich nach den mit russischer Hilfe erlangten militärischen Erfolgen der zurückliegenden 15 Monate in der Lage, die Kontrolle über ganz Syrien wieder zu erlangen. Dies hat er am 14. Februar 2017 in Damaskus, in einem Interview, das er französischen Medienvertretern gegeben hat, unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Mit der Rückeroberung (Ost-)Aleppos und letzter Stadtteile in Homs ist er diesem Ziel ein gehöriges Stück näher gekommen.

Vor dem skizzierten Hintergrund erinnert die Beilegung des Konfliktes in Syrien an die Quadratur des Kreises: Zu viele Konflikte mit zu vielen Beteiligten haben dafür gesorgt, dass sich eine Eigendynamik entwickelt hat, die sich zunehmend der Einflussnahme einzelner Akteure entzieht.

Alle bisherigen Verhandlungen und Gespräche sind dem Ziel, den Krieg in Syrien zu beenden, bisher nicht näher gekommen. Die Forderungen der nationalen, regionalen und internationalen Akteure vor Augen lassen bisher auch nicht erkennen, an welcher Stelle Kom-

promisse möglich sind. Immerhin war es in der Vergangenheit gelungen, zumindest zeitlich befristet und räumlich beschränkt Waffenruhen zu vereinbaren, die eine Minimalversorgung der notleidenden Bevölkerung möglich gemacht haben – so auch im Rahmen der beiden Gesprächsrunden vom Januar und Februar 2017 in Astana. An der am 14. und 15. März 2017 stattgefundenen, dritten Gesprächsrunde in Astana hat zwar eine Delegation des Regimes von Bashar al-Assad, nicht aber der nationalistischen syrischen Opposition teilgenommen. Letztere sagte ihre Teilnahme ab, da die Kampfhandlungen seitens des Regimes, bisher nicht wie bei den vorherigen Gesprächen in Astana zugesagt, eingestellt worden sind. Einzig greifbares Ergebnis der Gespräche war, dass sich die Vertreter Russlands, der Türkei und des Iran Anfang Mai 2017 wieder zu Gesprächen treffen wollen.

In welche Richtung sich der Konflikt in Syrien in den kommenden Wochen und Monaten weiter entwickeln wird, welche Lösungsansätze erfolgversprechend und welche keine Chance auf Realisierung haben werden, ist nicht vorhersehbar. Die am 23. Februar 2017 in Genf begonnene vierte Verhandlungsrunde unter Führung der Vereinten Nationen verfolgte das Ziel, die im Dezember 2015 verabschiedete UN-Resolution 2254 umzusetzen. Nach ihr sollen in Syrien binnen 18 Monaten freie und faire Wahlen durchgeführt sowie unverzüglich alle Angriffe auf Zivilisten und zivile Einrichtungen eingestellt werden. Von einem politischen Übergang ist in der Resolution nicht die Rede. Entsprechend unklar bleibt die Rolle von Präsident Assad. Staffan de Mistura, der UN-Sondergesandte für Syrien, der auch

schon die beiden vorherigen Verhandlungsrunden in Genf geleitet hat, stellte zum Ende der zehntägigen Gespräche am 04. März 2017 fest, dass man sich lediglich auf den Inhalt künftiger Gespräche hat verständigen können. Ein Problem der Verhandlungen war einmal mehr die gesplattene syrische Opposition, die mit drei Delegationen in Genf vertreten war. Die fünfte Gesprächsrunde soll am 23. März 2017 in Genf beginnen.

Nachdem Falludscha im Juni 2016 vom IS zurückerobert worden ist, die Befreiung Mossuls, dem Hauptquartier des IS im Nordirak, kontinuierlich voranschreitet und Ende Februar 2017 mit al-Bab eine weitere Hochburg des IS in Nordsyrien gefallen ist, spricht vieles dafür, dass auch die Rückeroberung Raqqa, der Zentrale des IS in Nordsyrien, kurz bevorsteht. Für den weiteren Verlauf des Konfliktes in Syrien wird (mit-)entscheidend sein, wohin sich die aus Mossul und Raqqa fliehenden Kämpfer des IS wenden werden: In die Provinz Idlib, die in den zurückliegenden Wochen und Monaten zur Zuflucht vieler IS- und anderer Kämpfer der Opposition geworden ist, oder nach Süden, in die Provinz Dera'a und auf den syrischen Teil des Golan, wo der IS und andere islamistische Gruppen wie *Jabhat Fatah al-Scham*, die frühere *Al-Nusra Front* (ehedem syrischer Ableger der Al-Qaida), eine weitere Front gegen das Assad-Regime eröffnet haben. Die im Mai 2016 neu entstandene *Khaled ibn al-Walid* Gruppe, die dem IS nahe steht, hat sich darüber hinaus im Yarmouk-Tal, im Dreiländereck Syrien-Jordanien-Israel, festgesetzt. Von dort haben die vorgenannten Gruppen in den zurückliegenden Tagen Angriffe auf die Provinzhauptstadt Dera'a gestartet, die unmit-

telbar an der Grenze zu Jordanien liegt. Jordanien hat daraufhin weitere Armeeeinheiten an die jordanisch-syrische Grenze verlegt, um ein Übergreifen des Konflikts auf jordanisches Staatsgebiet zu verhindern. Mit der Vertreibung des IS und anderer dschihadistischer Gruppen aus ihren Hochburgen muss mit einem Anstieg von Anschlägen sowohl im Irak, als auch in Syrien und in den angrenzenden Ländern gerechnet werden.

Der Übergang vom derzeitigen Zustand der „Confusion“ in eine Phase der „Orientation“ scheint zum aktuellen Zeitpunkt noch in weiter Ferne zu liegen. Vielmehr ist leider zu befürchten, dass die negativen Auswirkungen des Bürgerkrieges in Syrien auf die angrenzenden Staaten noch zunehmen werden.

|| **Thomas Gebhard**

Auslandsmitarbeiter Jordanien / Libanon